

## Informationen aus der Gemeindevertretung Petersberg

Aus der Gemeindevertreterversammlung am 16. Februar 2017

### Einleitung eines Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister wurde abgelehnt!

Mit den Stimmen von CDU, SPD und CWE wurde unser Antrag abgelehnt, ein Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister der Gemeinde Petersberg, Karl-Josef Schwiddessen, einzuleiten. Die FDP Fraktion schloss sich unserem Antrag an und stimmte auch für die Beantragung eines solchen Verfahrens.

#### Unsere Gründe für den Antrag:

1. Der Bürgermeister hat schon während der Offenlegung des Entwurfs des Bebauungsplans Oberer Himmelsacker, also schon vor der Abstimmung in der Gemeindevertretung, Eingriffe in das Biotop Riesandshohle veranlasst, obwohl während der frühzeitigen Beteiligung 180 Einsprüche eingegangen sind.
2. Das Biotop, welches bei der frühzeitigen Beteiligung noch nicht im Entwurf des Bebauungsplans enthalten war und erst in den Entwurf für die zweite Offenlegung aufgenommen wurde, wurde **jetzt** schon erheblich beschädigt. Die Eingriffe gehen sogar über die in der Offenlegung vorgeschlagenen Maßnahmen hinaus. Ohne abschließende Abwägung der vorgetragenen Anregungen und ohne den notwendigen Satzungsbeschluss der Gemeindevertretung sind die durchgeführten - vom Bürgermeister angeordneten - Maßnahmen rechtswidrig. Denn nach den Vorgaben des Baugesetzbuchs sind die Träger öffentlicher Belange zu hören, **bevor** die Maßnahmen durchgeführt werden.
3. Die Aussage des Bürgermeisters, es seien lediglich Zweige und Sträucher beseitigt worden, entspricht nicht der Wahrheit. Er täuscht damit die Bürger und die Gemeindevertreter. Mit der fast kompletten Entfernung des Unterholzes an den Rändern, drastischen Entastungen und der Fällung von mindestens 90 Bäumen mit einem Durchmesser von bis zu 45 cm wurde der Lebensraum für die Tiere total verändert. Schutzräume wurden rücksichtslos vernichtet. Das Rückzugsgebiet und der Lebensraum für die Tiere wurden erheblich beschädigt.
4. Auch die Aussage des Bürgermeisters, dass die Gehölzarbeiten nur der Säuberung des Weges dienen, ist nicht haltbar. Denn es wurden auch Bäume gefällt, die meterweit im Graben standen.
5. In der Stellungnahme des Hessen-Forst wurde die Fläche als Wald im Sinne des § 1 HWaldG benannt. Nach § 3 HWaldG gehört zu den Grundpflichten des Waldbesitzers (Gemeinde Petersberg) seinen Wald zum Wohle der Allgemeinheit nach forstlichen und landespflegerischen Grundsätzen ordnungsgemäß, nachhaltig, planmäßig und fachkundig zu bewirtschaften und dadurch Nutz-, Schutz-, Klimaschutz- und Erholungswirkungen zu erhalten. Trotz dieser Hinweise hat der Bürgermeister die Maßnahmen angeordnet.

Weiter auf der Rückseite

# **Straßenreinigungssatzung neu beschlossen**

Die Gemeindevertretung hat eine Neufassung der Straßenreinigungssatzung beschlossen. Die Bestimmungen zum Umfang der Reinigungspflichten sowie den Reinigungsflächen und –zeiten bleiben unverändert. Allerdings wurden die Regelungen bei Ordnungswidrigkeiten neu gefasst. Unter anderem kann die Gemeinde nun eine Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße von bis zu 1000,- Euro ahnden. Unser Antrag, es bei einer Höhe von wie bisher bis zu 500,- Euro zu belassen, wurde abgelehnt. Nach unserer Auffassung ist eine Erhöhung nicht notwendig, weil in den vergangenen Jahren nicht ein einziges Mal eine Ordnungswidrigkeit geahndet werden musste. Deshalb haben wir uns bei der Abstimmung enthalten.

## **Ortsumgehung Margrethenhaun**

Wir haben beantragt, dass die Gemeindevertretung den Gemeindevorstand auffordert in Abstimmung mit dem Ortsbeirat Margrethenhaun, sich an den Landkreis zu wenden und sich für die Initiative zur Sanierung und zum Ausbau der Landesstraße 3174 mit einer Ortsumgehung für Margrethenhaun einzusetzen.

Begründung:

Die Belastung durch den Autoverkehr für die Bürgerinnen und Bürger in Margrethenhaun ist enorm hoch. In der letzten Sitzung hat sich der Kreistag mit der Situation befasst und hat das Thema zunächst in den Ausschuss für Wirtschaft, Planung und Verkehr verwiesen. In der Diskussion wurde deutlich, dass es auf Grund der derzeitigen Straßenplanung schwierig wird eine baldige Verbesserung zu erreichen. Die Gemeinde sollte die Schutzinteressen der Bürger einbringen und eine breite Initiative mit anderen Gemeinden und dem Landkreis unterstützen.

Der Bürgermeister teilte nun dazu mit, dass er bereits vor 14 Tagen hierzu tätig geworden sei. Auch verfolge man das Problem schon mehrere Jahre. Er sei dabei ständig im Gespräch mit dem Landrat, und es könnte sich eine Lösung ergeben. Konkretes hierzu sagte der Bürgermeister allerdings nicht.

## **Blitzer-Anlage in Marbach wird ausgetauscht**

In der Zeit vom 20.02. bis 23.02. wird die Blitzer-Anlage an der B27 Abfahrt Marbach Nord ausgetauscht. Der Verkehr wird in dieser Zeit durch den Ort umgeleitet.

## **550.000,- Euro für Kindergarten Kolibri**

Die Kindertagesstätte „Kolibri“ in Petersberg wird um eine zusätzliche Gruppe mit bis zu 25 Betreuungsplätzen erweitert. 550.000 Euro für den Anbau wurden in der Gemeindevertretersitzung hierfür bewilligt. Für Unmut sorgte allerdings die Kurzfristigkeit der Vorlage. Weder in Ausschüssen noch in den Fraktionen konnte hierüber ausführlich beraten werden. Hierzu erklärte der Bürgermeister, er habe die neuen Zahlen der zu erwartenden Kindergartenkinder erst am Dienstag, dem 7.2.2017, bekommen, schnellstens die nötigen Planungen begonnen und die Gemeindevertreter informiert, sobald ihm einigermaßen zuverlässige Zahlen vom Architekten vorlagen.

**Unsere Homepage - <http://www.linke-kreis-fulda.de/petersberg/gemeindevertretung/antraege/>**